

Antrag E 4 INI: Für die Einhaltung und Stärkung des Völkerrechts – gegen die aktuelle Weltkriegsgefahr: Die Waffen nieder!

Antragsteller*in:	Markus Rieger, Ruth Brenner, Maria José Pérez Chillón, Reinhard Frankl, Kathrin Frieser, Andreas Hartmann, Christiane Kröll, Margot Simoneit, Christiane Wagner, Dorothea Weniger, Stephan Lippels, Anton Salzbrunn, Franz Hohn, Mark Ellmann, Marian Janka, Michael Böhner, Simone Batisweiler, Ute May, Lisa Conrad, Leon Ramm, Ronja Fink
Status:	angenommen
Antragsberatungskommission (ABK):	Annahme in Originalfassung
Sachgebiet:	E - Allg. Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik, Internationales
Antrag E 4 INI Abstimmung	Ja: Mehrheit Nein: 5 Enthaltung: 5

- 1 Die Landesvertreter*innenversammlung (LVV) 2026 der GEW Bayern verurteilt die am
2 3. Januar 2026 gegen Venezuela und die am 28. Februar 2026 gegen den Iran
3 durchgeführten militärischen Angriffe aufs Schärfste. Man mag zu den politischen
4 Systemen in Venezuela und im Iran stehen wie man will, eine wie auch immer begründete
5 Kritik daran kann nicht die angewandte Gewalt zwischen Staaten rechtfertigen. Sie
6 erfolgte jeweils ohne die nötige Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat und ohne
7 eine glaubwürdige Grundlage im Recht auf Selbstverteidigung, wie es die Charta der
8 Vereinten Nationen definiert. Die GEW Bayern steht solidarisch an der Seite ihrer
9 venezolanischen und iranischen Kolleginnen und Kollegen auf dem Weg, ihre
10 Lebensverhältnisse selbst zu bestimmen.
- 11 Die GEW Bayern beobachtet mit wachsender Sorge die duldenden oder zustimmenden
12 Reaktionen der Bundesregierung auf brandgefährliche Verstöße gegen internationales
13 Recht. Angriffskriege, Entführungen und extralegale Tötungen widersprechen den
14 allgemeinen Regeln des Völkerrechts und damit dem Grundgesetz, das diese integriert
15 (Art 25 GG) und uns verpflichtet, dem Frieden in der Welt zu dienen und das
16 Völkerrecht hoch zu halten und zu stärken, anstatt sich davon zu verabschieden^[1]
17 und dem archaischen Recht des Stärkeren zu folgen.
- 18 Die GEW Bayern bekräftigt die öffentlichen Erklärungen des Internationalen
19 Gewerkschaftsbundes (ITUC 3.1.2026^[2]; 2.3.2026^[3]) und des Europäischen
20 Gewerkschaftsbundes (ETUC 3.1.2026^[4]) und verurteilt alle weiteren Einmischungen,
21 Drohungen oder Ansprüche gegenüber Land, Ressourcen und Selbstbestimmung souveräner
22 Nationen und Völkern.
- 23 Die GEW Bayern fordert die Bundesregierung auf, endlich alle Energien auf
24 diplomatische Anstrengungen zu legen und sich aktiv für den Gedanken der
25 Völkerverständigung einzusetzen, entsprechend der Zielstellung der Charta der
26 Vereinten Nationen. Die deutsche Geschichte verpflichtet uns, Frieden und
27 Völkerverständigung zu fördern, anstatt die Lösung internationaler Spannungen
28 alleine mit militärischer Logik zu betrachten.
- 29 Für die GEW Bayern steht die damit verbundene internationale Kriegsgefahr und die
30 sich hochdrehende Rüstungsspirale im diametralen Widerspruch zu den wirtschaftlichen

und sozialen Interessen der in der Bildungsgewerkschaft organisierten Mitglieder sowie aller abhängig Beschäftigten.

Die GEW Bayern bekräftigt deswegen ihre friedenspolitischen Positionen:

Militär und Krieg sind maßgebliche Faktoren der Umweltzerstörung und damit die größten Fluchtursachen. Der Welt droht ein neuer großer Krieg. Als Teil der Friedensbewegung setzen wir uns deswegen für Abrüstung und Völkerverständigung ein. Die freigegebenen Milliardenpakete zur Hochrüstung lehnt die GEW Bayern ebenso ab, wie Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, da diese nur das Kriegsgeschehen verlängern und intensivieren.

Durch das gigantische Aufrüstungsprogramm werden allen sozialen Bereichen Gelder vorenthalten, so auch der Bildung, dem Gesundheitswesen, der Pflege, der Flüchtlingshilfe etc., aber auch der Bekämpfung der Klimakatastrophe, die die Existenz aller Menschen bedroht. Die GEW Bayern versteht sich als aktiver Teil der Friedensbewegung und unterstützt deren strategische Ziele sowie ihre konkreten Aktionen nach all ihren Möglichkeiten.

Sie verstärkt deshalb ihre Aktionen zur Aufklärung in den Bildungs-Betrieben und der Öffentlichkeit über die rasant angestiegene Kriegsgefahr. Die GEW Bayern unterstützt weiterhin Aktivitäten gegen das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern, gegen die Rekrutierung von Minderjährigen (Unter 18 nie!) sowie gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Wir stehen gegen jede weitere Militarisierung von Bildung und Gesellschaft und gegen jeden Krieg und rufen mit Berta von Suttner: „Die Waffen nieder!“

[1]

<https://www.fr.de/meinung/kommentare/friedrich-merz-verabschiedet-sich-vom-voelkerrecht-in-der-aussenpolitik-94194489.html>

[2]<https://www.ituc-csi.org/ituc-tuca-venezuela?lang=en>

[3]<https://www.ituc-csi.org/ITUC-urges-immediate-ceasefire?lang=en>

[4]<https://www.etuc.org/en/node/26087>

Begründung

mündlich